

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der SPD

Eine „Europäische Universität“ in Bremen?

Die europäische Idee galt lange unbestritten als eine einzigartige Erfolgsgeschichte: Kriegführende Nationalstaaten fanden über die supranationale europäische Ebene einen Weg der friedlichen, konsensorientierten Zusammenarbeit, die den Bürgerinnen und Bürgern Freiheit, Demokratie, dauerhaften Frieden und gleichwertige Lebensbedingungen bringen sollte. Heute gilt es diesen Weg der Zusammenarbeit zu verteidigen und die europäischen Einigungsprozesse weiterzuentwickeln.

Ein bewährter Weg war und ist dabei der transnationale Austausch über Jugend- und Bildungsprogramme. Insbesondere Hochschulen können wichtige Europäisierungsprozesse vorantreiben. Das haben die bisherigen Erfolge des EU-Mobilitätsprogramms Erasmus+ und die europäischen Hochschul- und Forschungsk Kooperationen überzeugend gezeigt.

Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron formulierte am 26. September 2017 in seiner Rede an der Pariser Sorbonne seine Idee zur Gründung von Europäischen Universitäten: „Ich schlage die Einrichtung Europäischer Universitäten vor, die ein Netzwerk von Universitäten aus mehreren Ländern Europas bilden und die einen Studienverlauf schaffen, in dem jeder Studierende im Ausland studiert und Seminare in mindestens zwei Sprachen belegt. Europäische Universitäten, die auch Orte pädagogischer Neuerungen und exzellenter Forschung sind. Wir müssen uns das Ziel stecken, bis 2024 mindestens 20 dieser Universitäten zu errichten.“

Auf politischer Ebene und innerhalb der Wissenschafts-Community gibt es derzeit noch sehr unterschiedliche Ideen zur Ausgestaltung von Europäischen Universitäten. Auch die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat Fragen zur Umsetzung formuliert, aber generell die Idee begrüßt und zugesagt, starke Hochschulnetzwerke unter dem Titel „Europäische Universitäten“ zu schaffen. Gemeinsam mit der polnischen Partnerorganisation KRASP hat die HRK darüber hinaus ein Diskussionspapier vorgelegt, in dem eine europäische Exzellenzinitiative vorgeschlagen wird.

Die Universität Bremen wird als Teil des YERUN-Netzwerkes bereits an der ersten Pilotausschreibung im Herbst teilnehmen. Unter Federführung der Universität Maastricht hat sie sich mit weiteren Universitäten unter dem Namen YUFE (Young Universities for the Future of Europe) zusammengeschlossen, um sich an der Pilotausschreibung der EU zu beteiligen. Zu YUFE gehören neben Maastricht und Bremen auch die Universität Rom Tor Vergata (Italien), die Universität Antwerpen (Belgien), die Universität Ostfinland, die Universität Carlos III Madrid (Spanien) und die Universität Essex (Großbritannien).

Wir fragen den Senat:

1. Teilt der Senat die Auffassung, dass die von Präsident Macron vorgeschlagenen „Europäischen Universitäten“ ein zentrales Element für die Fortentwicklung des europäischen Einigungsprozesses sein können?
2. Teilt der Senat die Auffassung, dass „Europäische Universitäten“ die Chance bieten, als unabhängige Orte des offenen Diskurses breite gesellschaftliche Debatten über europäische Werte anzustoßen und notwendige Veränderungen in der EU zu thematisieren?
3. Teilt der Senat die Auffassung, dass „Europäische Universitäten“ die notwendige Struktur bereitstellen könnten, um die großen europäischen Herausforderungen, wie z.B. Lösungen zur Energieversorgung, Chancen der Raumfahrt, Fragen zum Umweltschutz und der Erreichung der Klimaziele, besser zu bewältigen?
4. Wie steht der Senat zur gemeinsam von HRK und KRASP vorgeschlagenen europäischen Exzellenzinitiative? Ist dem Senat bekannt, wie eine Abgrenzung zur nationalen Exzellenzinitiative in Deutschland sichergestellt werden soll?
5. Wie steht der Senat zur Forderung, im Rahmen der Europäischen Universitäten solle vor allem die Förderung der akademischen Mobilität und der europäisierten Lehre im Vordergrund stehen?
6. Ist der Senat der Auffassung, dass das Land Bremen als Standort einer „Europäischen Universität“ seine wichtige Position im europäischen Forschungsraum sichern und die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit fördern könnte?
7. Ist die Teilnahme an dem Projekt „Europäische Universität“ nach Auffassung des Senats nur auf Universitäten im engeren Sinne beschränkt oder interpretiert er das Projekt als offen auch für andere Hochschultypen?
8. Ist dem Senat bekannt, ob sich neben der Universität Bremen, die sich im YERUN-Netzwerk engagiert, auch Hochschulen im Land Bremen für das Projekt interessieren?
9. In welcher Weise kann und wird der Senat das Engagement der Uni Bremen im YERUN-Netzwerk unterstützen?
10. Erwägt der Senat ein Konzept zur Entwicklung einer „Europäischen Universität“ zu erarbeiten, in dem Ideen zu integrierten Studiengängen mit gemeinsamen Abschlüssen, Europaprofessuren, ein europäischer Kernbereich im Curriculum, europäische Mehrsprachigkeit und kulturelle Vielfalt ausgeführt werden?

11. Wie bewertet der Senat die Forderung nach einem Qualitätslabel für Europäische Universitäten, mit dem sichergestellt werden soll, dass das Kriterium der Wissenschaftsfreiheit im Heimatland der Universität gewährleistet ist?
12. Wie bewertet der Senat die Forderung, Studierende an „Europäischen Universitäten“ zu verantwortungsvollen und kritisch reflektierenden Bürgerinnen und Bürgern, die sich aktiv für Demokratie und Gemeinwohl engagieren, auszubilden, was durch entsprechende Nachweise zivilgesellschaftlichen Engagements prüfungsrelevant dokumentiert werden soll?
13. Teilt der Senat die Auffassung, dass sich insbesondere „Europäische Universitäten“ stärker in die Gesellschaft öffnen sollten, um auch Bürgerinnen und Bürgern Möglichkeiten zu bieten, sich an Lehr- und Forschungsprojekten und damit an der Lösung europäischer Fragestellungen zu beteiligen? Wie bewertet der Senat in diesem Zusammenhang die Einrichtung sog. Reallabore, wie sie in Baden-Württemberg erfolgreich durchgeführt werden?

Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Arno Gottschalk, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD